

Geschäftszahlen:

BKA: 2026-0.386.049

BMWKMS: 2060-0.368.046

BMEIA: 2026-0.325.796

**51a/1**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## **Vortrag an den Ministerrat**

# **Weiterentwicklung des Holocaust-Gedenkens**

## **Ausgangslage**

Die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai 1945 durch die US-Armee markiert den Anfang des Endes eines der dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte. 81 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus von zentraler Bedeutung.

Gerade weil die Erinnerung an Mauthausen nicht nur historisches Gedenken, sondern auch eine Mahnung für die Gegenwart ist, zeigt sich ihre Bedeutung besonders deutlich im Blick auf aktuelle Entwicklungen. Weltweit ist ein Anstieg von Konflikten und Krisen sowie Radikalisierungstendenzen und extremistischen Ideologien zu beobachten. Insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 erleben wir eine neue Form des Antisemitismus, offener, aggressiver und digitaler als jemals zuvor. Auch in Österreich erreichte die Zahl dokumentierter antisemitischer Vorfälle in den vergangenen Jahren neue Höchststände. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig Gedenkarbeit bleibt, denn der Holocaust war kein plötzlicher Zivilisationsbruch, sondern das Ergebnis eines schleichenden Prozesses, der mit Worten, Ausgrenzung und der Normalisierung von Hass begann.

Mehr als 80 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus bleibt der gewaltbereite Rechtsextremismus eine akute Bedrohung. Rechtsextreme Gruppierungen und Netzwerke finden laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht 2025 vermehrt Zulauf, verbreiten rassistische Ideologien und normalisieren sie so in Teilen der Gesellschaft. Diese Entwicklungen stehen jedoch nicht isoliert da, sondern sind Ausdruck einer größeren gesellschaftlichen und politischen Dynamik. Globale Krisen, Kriege und

Radikalisierungstendenzen verschärfen bestehende Feindbilder und eröffnen antisemitischen Narrativen neue Räume der Verbreitung.

## **Bisherige Maßnahmen**

Viele Österreicherinnen und Österreicher waren in der Zeit des Nationalsozialismus Täterinnen und Täter, und nach einer langen Phase der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Zweiten Republik will die Bundesregierung weiter daran arbeiten, die letzten Lücken in der Aufarbeitung zu schließen. Vieles wurde bereits umgesetzt. Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus wurde 1995 gegründet, um die besondere Verantwortung der Republik Österreich zum Ausdruck zu bringen. Das Washingtoner Abkommen, das Kunstrückgabegesetz, der Erwerb der Staatsbürgerschaft für Verfolgte und deren direkte Nachkommen durch Anzeige sowie die Errichtung der Shoah-Namensmauern waren wesentliche Schritte, um die Verantwortung der Republik Österreich zu betonen und die Geschichte des Holocaust aufzuarbeiten.

Das ehemalige Konzentrationslager (KZ) Mauthausen wurde zu einem modernen Gedenk- und Vermittlungsort weiterentwickelt. Die Neugestaltung des ehemaligen KZ Gusen soll die Gedenkstätte in naher Zukunft als zentralen europäischen Erinnerungsort etablieren, der die Bereiche Gedenken, Bildung und Begegnung verbindet. Darüber hinaus leisten Einrichtungen wie das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, das Vienna Wiesenthal Institut, das Haus der Geschichte Österreich sowie zahlreiche Initiativen im ganzen Land einen wertvollen Beitrag zur Gedenk- und Forschungsarbeit. Gerade auch auf der Ebene engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie der Wissenschaft.

Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus 2.0 der österreichischen Bundesregierung soll den Fortbestand des jüdischen Lebens in Österreich schützen und langfristig absichern, Antisemitismus in all seinen Formen eindämmen und die Erinnerung an die Opfer der Shoah aufrechterhalten. Eine Nationale Strategie gegen Rechtsextremismus ist derzeit in Ausarbeitung. Sie bündelt Demokratieförderung, Prävention und Strafverfolgung zu einem kohärenten, ressortübergreifenden Ansatz, um rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten und die gesellschaftliche Resilienz nachhaltig zu stärken.

## Weiterentwicklung des Holocaust-Gedenkens

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu einer modernen, zeitgemäßen und zukunftsgerichteten Erinnerungskultur und erinnert anlässlich der stattfindenden Gedenkfeierlichkeiten an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an das Kriegsende. Vor diesem Hintergrund wurde im Mai 2025 mit dem Ministerratsvortrag 9/12 die Einleitung eines Prüfprozesses einschließlich einer Machbarkeitsstudie für ein österreichisches Holocaust-Center beschlossen, um das Puzzle der historischen Aufarbeitung und Erinnerung in Österreich zu vervollständigen und der historischen Verantwortung gerecht zu werden. Dieser Prozess ist auch in der im November 2025 präsentierten Nationalen Strategie gegen Antisemitismus 2.0 (NAS 2.0) unter der Säule „Erinnerung.Gedenken.Kultur“ als Maßnahme Nr. 31 verankert.

Im Rahmen dieses Prozesses wurden bisher:

- durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten internationale Erfahrungen und bewährte Modelle im Bereich der Holocaust-Gedenk- und Bildungsarbeit systematisch erhoben und ausgewertet.
- sowie Gespräche mit nationalen Interessensvertreterinnen und Interessensvertretern sowie Vertreterinnen und Vertreter bereits bestehender einschlägiger Einrichtungen durchgeführt.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. Mai 2026

Dr. Christian Stocker  
Bundeskanzler

Andreas Babler, MSc  
Vizekanzler

Mag.<sup>a</sup> Beate Meinel-Reisinger, MES  
Bundesministerin